

Asymmetrische Mobilisierung und das nur vorläufige Ende der Großen Zentrumskoalition

Eine Analyse der Bundestagsergebnisse 2017

Von

Nico A. Siegel, Roberto Heinrich und Stefan Merz

Mit dem Schließen der Wahllokale und der Veröffentlichung der 18.00-Uhr-Prognose am 24. September war klar: das Ergebnis der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag würde gleich aus mehreren Gründen einen Eintrag in die Geschichtsbücher sichern. Das lag vor allem an den herben Verlusten der Regierungsparteien: Unionsparteien und SPD verloren gegenüber der Bundestagswahl 2013 zusammen 4,6 Millionen Wählerinnen und Wähler. Diese drastischen Verluste sind umso bemerkenswerter, weil aufgrund einer leicht steigenden Wahlbeteiligung rund 2,7 Millionen Bundesbürger mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten als noch vier Jahre zuvor. Die beiden traditionellen „Volksparteien“ vereinten gerade noch etwas mehr als die Hälfte der Zweitstimmen auf sich und damit so geringe Wähleranteile wie nie zuvor bei einer Bundestagswahl. Die SPD wartete mit dem schlechtesten Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik auf. In keinem einzigen Bundesland schafften es die Sozialdemokraten mehr über die 30-Prozentmarke. Den Unionsparteien erging es kaum besser. Sie erzielten ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 und blieben in allen Bundesländern, selbst in Bayern, unter 40 Prozent. Bei den unter 25 Jahre alten Wählern lag der *gemeinsame* Anteil von CDU/CSU und SPD bei gerade einmal 43 Prozent!

Die „zentristische Modernisierungsstrategie“ der CDU galt 2013 noch als maßgeblicher Erklärungsfaktor für „Merkels Meisterstück“, ihren „Sieg in der Mitte“¹. Dieser Modernisierungskurs lieferte einen asymmetrischen Demobilisierungsimpuls vor allem für die SPD und entfaltete damit nicht nur einen positiven Mobilisierungseffekt für die eigene Partei, sondern auch einen negativen auf den stärksten politischen Gegner. Bereits die Landtagswahlen seit der Flüchtlingskrise zeigten, dass vor allem aufgrund der hohen Relevanz des Themas Zuwanderung in Deutschland die konsequent zentristische Strategie der Union unter Angela Merkel, wenn sie auch summa summarum und langfristig mehr elektorale Vor- als Nachteile zeitigen mag, mittlerweile unübersehbare Kosten mit sich bringt und auf eine asymmetrische Mobilisierung hinausläuft: sie eröffnet auf der rechten Seite des Wähler- und Parteienspektrums erhebliche Mobilisierungschancen, vor allem für die AfD. Damit befindet sich die Union in einem ähnlichen strategischen Konflikt wie die Sozialdemokratie: während die Mitteorientierung aufgrund einfach(st)er statistischer Gesetzmäßigkeiten die größten Wählerpotenziale verspricht, verstärkt sie den ohnehin unübersehbaren Bindungsverlust „traditioneller Kernmilieus“, was Parteien auf der linken und rechten Seite des Parteiensystems inhaltliche Profilierungsoptionen liefert.

Wie schon die erste große Koalition unter Angela Merkel führte auch die zweite große Koalition zu einer massiven Stärkung der kleineren Parteien – allerdings mit einem markanten

¹ Richard Hilmer / Stefan Merz, Die Bundestagswahl vom 22. September 2013: Merkels Meisterstück, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 45. Jg. (1/2014), S. 175–206; ähnlich Matthias Jung / Yvonne Schroth / Andrea Wolf, Angela Merkels Sieg in der Mitte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63. Jg. (48-49/2013), S. 9–20.

Unterschied für die politischen Kräfteverhältnisse. Bei der Bundestagswahl 2009 konnten nämlich alle drei im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien, Grüne, Linke und FDP von den Verlusten der Koalitionsparteien profitieren und jede einzelne ein Rekordergebnis erzielen. Das Ergebnis nach der zweiten Großen Merkel-Koalition ist ein pointiert anderes: Auf der linken Seite des politischen Spektrums bauten Grüne und Linke ihre Stimmenanteile nur unwesentlich aus. Deutlich zu legen dagegen FDP und AfD, beide 2013 bis 2017 nicht im Parlament vertreten und auf der rechten Seite des Parteienspektrums angesiedelt. Sie konnten ihre Stimmanteile jeweils mehr als verdoppeln. Noch deutlicher wird dieser asymmetrische Mobilisierungsschub beim Blick auf die Absolutzahlen, da zugleich die Wahlbeteiligung – im Gegensatz zur Demobilisierung nach der ersten Großen Koalition unter Kanzlerin Merkel – deutlich anstieg. FDP und AfD hatten bei der Wahl 2013 noch jeweils nur knapp 2,1 Millionen Stimmen auf sich gezogen. Dieses Mal mobilisierte die FDP 5 Millionen, die AfD sogar fast 5,9 Millionen Wähler. Die FDP feierte damit nach vier Jahren Abwesenheit unter Führung ihres Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten Christian Lindner einen triumphalen Wiedereinzug in den Bundestag. Die AfD fügte ihrem Erfolgzug bei den Landtagswahlen einen wichtigen Meilenstein hinzu. Nachdem sie bei der Bundestagswahl 2013 aus dem Stand bereits 4,7 Prozent erreicht hatte, aber noch knapp an der Mandatsschwelle gescheitert war, schaffte sie bei der Europawahl und allen 14 folgenden Landtagswahlen – oft mit zweistelligem Ergebnis – den Sprung in die Parlamente. Die Bundestagswahl 2017 hat somit den Status der AfD als zumindest „vorläufig etablierten“ Akteur im deutschen Parteiensystem erwartungsgemäß bestätigt.

Der folgende Beitrag zeichnet die wichtigsten Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 ganz überwiegend deskriptiv nach. Dazu werden zunächst das eigentliche Wahlergebnis und die Wanderungsbewegungen zwischen den Parteien näher betrachtet. Anschließend werden die jeweiligen Positionierungen und Profile der Parteien am Ende des Wahlkampfes aus demoskopischer Sicht beschrieben und das Abschneiden der Parteien in bestimmten Bevölkerungsgruppen präsentiert. Den Abschluss bildet ein Ausblick auf die Regierungsbildung und die Konsequenzen für das Parteiensystem.²

[...]

Abgewählt an die Macht, oder: „Alles bleibt anders“

Mit dem Wiedereinzug der FDP und dem erstmaligen Einzug der AfD in den Bundestag ist dieser mit sechs Fraktionen fragmentiert wie zuletzt nach der Wahl 1953. Wie in vielen Landesparlamenten blieben klassische Lager-Regierungen im 19. Bundestag ohne rechnerische Mehrheit. [...]

Beim Blick auf den Flickenteppich von 13 verschiedenen Regierungsbündnissen in 16 Bundesländern, werden zudem langfristig eingespielte Mechanismen der Kompromissfindung in einem stark auf Verhandlungsrationalität und Kompromissfindung geeichten politischen System mit zahlreichen Vetopunkten vor enorme Herausforderungen gestellt. Auf die reflexhaft-abwehrend wirkende, mittlerweile gescheiterte Strategie der Auseinandersetzung der etablierten Parteien mit der AfD mittels politischer Quarantänenrhetorik, ist noch kein überzeugendes Mittel der konstruktiven politischen Auseinandersetzung gefolgt. Zumindest auf absehbare Zeit wird die zentristische Politik, die den „mittleren Weg Deutschlands“ bei

² Die im Folgenden präsentierten Befunde beruhen wesentlich - und abgesehen von einigen amtlichen Ergebnissen - auf Erhebungen und Analysen von Infratest dimap im Auftrag der ARD. Berücksichtigt sind Umfragen aus dem Vorfeld der Bundestagswahl, eine Befragung von Zuschauern des TV-Duells vom 03. September sowie Daten der ARD-Wahltagsbefragung, die „Exit Poll“ von infratest dimap vom 24. September 2017.

verschiedenen politischen Themen über Jahrzehnte geprägt hat, vor größere Herausforderungen gestellt als in der Vergangenheit und Fragmentierung, Unübersichtlichkeit und Polarisierung die politische Szenerie bis auf Weiteres maßgeblich prägen.

Die gesamte Analyse erscheint in Kürze in folgendem Sammelband:

Ursula Münch, Heinrich Oberreuter, Jörg Siegmund (Hrsg.): Komplexe Farbenlehre.
Perspektiven des deutschen Parteiensystems im Kontext der Bundestagswahl 2017.
Campus-Verlag.